

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Sachverhalt</b>	<b>11</b>
I. Rechtlicher und tatsächlicher Hintergrund	11
1. Die relevanten Aussagen im LEP 2003	11
2. Die Handlungsempfehlungen der MKRO als Hintergrund	11
3. Der Unterschied zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten	12
4. Die bisherigen Festlegungen im Regionalplan des RPV	13
5. Die (beschränkte) Steuerungswirkung dieser Festlegungen und deren Problematik	14
II. Beschreibung des zu prüfenden Planungsansatzes	17
1. Neue Begriffe für einen neuen Blickwinkel	18
2. Die beabsichtigte Nutzung wasserwirtschaftlicher Fachdaten	18
a) Gefahrenkarten	18
b) Gefahrenhinweiskarten	20
3. Auswirkungen des zu prüfenden Planungsansatzes	21
III. Die zu klärenden Fragen	22
<b>B. Rechtliche Stellungnahme</b>	<b>23</b>
I. Der planungs- und wasserrechtliche Rahmen	23
1. Die maßgeblichen Vorgaben des Raumordnungs- und des Landesplanungsrechts, v.a. zum Hochwasserschutz	24
a) Die allgemeinen Vorgaben	24
b) Die Vorgaben betreffend das Verhältnis LEP – Regionalplan	24
c) Die Vorgaben betreffend das Verhältnis Raumordnungspläne – Bauleitpläne	25
d) Die besonderen hochwasserbezogenen Vorgaben	26
e) Die unterschiedlichen Bindungswirkungen der Erfordernisse der Raumordnung	28
f) Die inhaltliche Flexibilität bei der Festsetzung von Vorranggebieten	29
g) Die fehlende Zielqualität des Bestandsschutzes	29
h) Die Bedeutung fachgesetzlicher Raumordnungsklauseln	31
2. Der Einfluss von Landesplanung und Hochwasserschutz auf die Zulässigkeit nach dem Baugesetzbuch	32
a) Die drei Gebietskategorien nach dem Baugesetzbuch als Ausgangspunkt	33

b)	Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (§ 30 BauGB)	33
c)	Vorhaben im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	34
d)	Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	35
e)	Zwischenergebnis: Die Gebiete nach §§ 30 und 34 BauGB als Problemfall	36
f)	Die Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB als primärer Lösungsansatz	37
aa)	Die Pflicht zur Anpassung bestehender Bauleitpläne	37
bb)	Die Erstplanungspflicht	38
cc)	Konsequenzen für eine Überplanung des Bestands	40
g)	Eine sachgerechte Deutung des § 34 BauGB als sekundärer Lösungsansatz	40
h)	Zwischenergebnis	44
3.	Hochwasserbezogene Regelungen des Wasserrechts	45
a)	Die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie	45
b)	Die Regelungen im Wasserhaushaltsgesetz	46
aa)	Allgemeines	46
bb)	Die baurechtlichen Beschränkungen im Besonderen	47
	(I) Beschränkungen bei der Ausweisung neuer Baugebiete	48
	(II) Beschränkungen der Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen	50
c)	Die Regelungen im Sächsischen Wassergesetz	51
4.	Zwischenergebnisse zum Rechtsrahmen	53
II.	Konsequenzen für die Zulässigkeit des Ziels 4.3.8 des LEP 2003	55
1.	Die einschlägigen Aussagen im LEP 2003 und deren Auslegung	55
2.	Die Vereinbarkeit mit dem Handlungsauftrag der Raumordnung	56
a)	Das Erfordernis der Überörtlichkeit	57
b)	Das Erfordernis der Überfachlichkeit	60
aa)	Allgemeines zur Sperrwirkung der wasser- rechtlichen Vorgaben	62
bb)	Die Rechtslage bei den Überschwemmungs- gebieten	65
	(I) Die Möglichkeit einer nachrichtlichen Übernahme der Gebiete	65
	(II) Keine absolute Sperrwirkung des § 78 WHG	66
	(III) Die Befugnis zur Erhaltung und Wieder- herstellung von Rückhalteflächen	68

cc)	Die Rechtslage außerhalb von Überschwemmungsgebieten	72
(I)	Die prinzipielle Befugnis zum Schutz weiterer Gebiete und zur Risikovorsorge	72
(II)	Das Erfordernis eines abgestuften Schutzniveaus	74
dd)	Die rechtliche Bedeutung der geltenden Regelungen im SächsWG	79
ee)	Die rechtliche Bedeutung der geplanten Neuregelungen im SächsWG	82
(I)	Inhalte	82
(II)	„Positive“ Wirkungen	84
(III)	„Negative“ Wirkungen	85
c)	Konsequenzen für die Verbindlichkeit des LEP 2003 und das weitere Vorgehen des RPV	86
3.	Die planungsrechtliche Relevanz einer Gefahr für Leib und Leben	88
a)	Gefahr und Risiko im Recht	89
b)	Konsequenzen für eine Hochwasservorsorge durch Raumordnungsplanung	91
aa)	Die grundsätzliche Kompetenz der Raumordnungsplanung	91
bb)	Hinweise zur Einstufung der relevanten Hochwasserrisiken	92
cc)	Einordnung der Risikobewertung in den Abwägungsvorgang	96
4.	Zwischenergebnisse	97
III.	Sonstige Anforderungen an eine rechtskonforme Umsetzung des zu prüfenden Planungsansatzes	100
1.	Die rechtlichen Anforderungen an die Abwägungsscheidung und deren Begründung im Regionalplan	101
a)	Allgemeine Anforderungen	101
b)	Konsequenzen für die Begründung des zu prüfenden fachlichen und planerischen Ansatzes	102
c)	Die gebotene Berücksichtigung kommunaler Planungen	104
2.	Die zulässigen textlichen Festlegungen	105
a)	Allgemeine Anforderungen an die Festlegung von Zielen	105
b)	Festlegungen zur hochwasserangepassten Bauweise	106
c)	Inhalt und Zulässigkeit von Planungsaufträgen an die Gemeinden	107
d)	Die Zulässigkeit einer Festsetzung als Vorranggebiet	109
3.	Die Gebote der Koordinierung und Harmonisierung mit den Maßnahmen der Wasserbehörden	110

4. Zwischenergebnisse	111
IV. Hinweise zur Vereinbarkeit entsprechender Festsetzungen mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und mit den Grundrechten der Betroffenen	112
1. Die grundsätzliche Zulässigkeit einer Erstreckung auf den Bestand	112
2. Die Frage der Entschädigungspflicht	113
3. Der Vorteil eines gesetzlichen Nachteilsausgleichs zugunsten der Kommunen	114
<b>C. Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	117
<b>Literaturverzeichnis</b>	125